

Noch eine unbequeme Wahrheit: Wie Agrartreibstoffe die Armut verschärfen und den Klimawandel beschleunigen

Wenn es um die verstärkte Nutzung von Agrartreibstoffen geht, führen deren Befürworter in der Regel zwei wesentliche Gründe an: die Erhöhung der Energiesicherheit und die Bekämpfung des Klimawandels. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass Agrartreibstoffe weder das eine noch das andere Problem lösen, dafür aber ein drittes befeuern: die globale Nahrungsmittelkrise.

Deutschsprachige Zusammenfassung von:
Another Inconvenient Truth: How biofuel policies are deepening poverty and accelerating climate change; Oxfam Briefing Paper #114; Juni 2008. Im Internet erhältlich unter
http://www.oxfam.de/download/Inconvenient_Truth_Biofuels.pdf

Deutschsprachige Zusammenfassung

Wenn es um die verstärkte Nutzung von Agrartreibstoffen geht, führen deren Befürworter in der Regel zwei wesentliche Gründe an: die Erhöhung der Energiesicherheit und die Bekämpfung des Klimawandels. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass Agrartreibstoffe weder das eine noch das andere Problem lösen, dafür aber ein drittes befeuern: die globale Nahrungsmittelkrise.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Richtungsentscheidungen der Industrieländer für die Ausweitung der Verwendung von Agrartreibstoffen wichtige politische, infrastrukturelle und ökonomische Maßnahmen zur deutlichen Verringerung der Energieverschwendung insbesondere im Straßenverkehr verhindern oder verzögern und sich die Industrieländer auf neue, aber ineffiziente und teure Subventionen in der Landwirtschaft festlegen – auf Kosten der Steuerzahler.

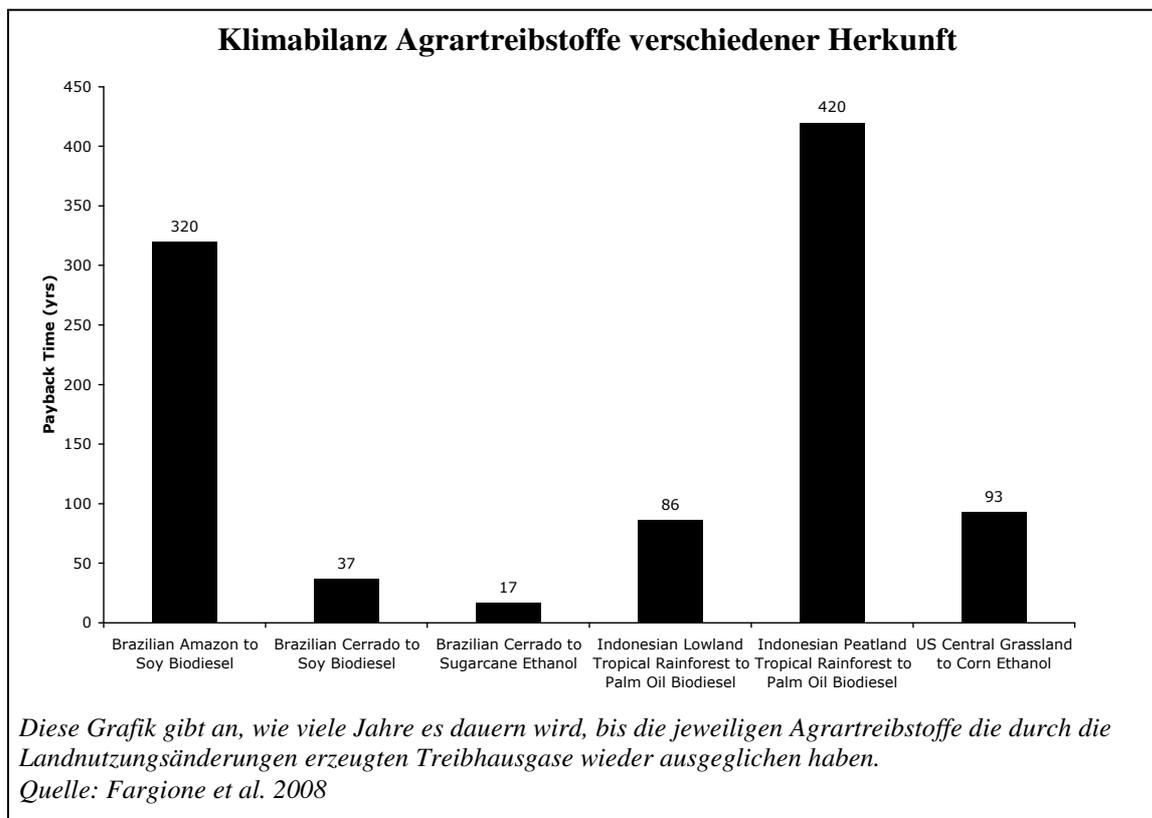
Die größte Last einer verfehlten Agrosprit-Politik aber trifft die in Armut lebenden und von Hunger bedrohten Menschen in den Entwicklungsländern – dort werden die EU-Pläne Hunger und Armut noch deutlich verschärfen, die Umweltzerstörung vorantreiben und zu großen sozialen Verwerfungen und Menschenrechtsverletzungen führen.

Ein Bärendienst im Kampf gegen den Klimawandel

Die Ausweitung der Nutzung von Agrartreibstoffen in den Industrieländern durch Förderprogramme, Volumen- oder Beimischungsziele oder andere Mechanismen stellt keinen wirksamen Beitrag gegen den Klimawandel dar. Für solch einen Ausbau werden gewaltige Flächen für den Energiepflanzenanbau benötigt. Dieser zusätzliche Bedarf erhöht weltweit den Druck, bisher ungenutzte Wälder, Feuchtgebiete und andere kohlenstoffreichen Flächen für den Ackerbau umzuwandeln. Diese Umwandlung setzt die in den Böden und der Vegetation enthaltenen Treibhausgase frei. Es ist dabei unerheblich, ob Agrartreibstoffe selbst auf diesen neuen Flächen angebaut werden oder ob der Anbau von Energiepflanzen auf bestehenden Flächen geschieht und damit z.B. den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen auf neu zu erschließende Flächen verdrängt. Bezieht man die freigesetzten Treibhausgase aus diesen „indirekten Effekten“ in die Berechnung zur Klimawirksamkeit von Agrartreibstoffen mit ein, zerstören sie die Treibhausgasbilanz der Agrartreibstoffe auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte:

- Nach einer in der Zeitschrift *Science* publizierten Analyse wird es 167 Jahre dauern, bis die durch Landnutzungsänderungen erzeugten Emissionen des US-amerikanischen Mais-zu-Ethanol-Programms wieder ausgeglichen sind. Erst danach führt der Ersatz fossiler Brennstoffe durch Mais-Ethanol zu einer positiven Emissionsbilanz des Programms.
- Die wachsende Verwendung von Agro-Diesel in der EU treibt den globalen Bedarf an Palmöl in die Höhe – einmal, weil es direkt für die Agro-Diesel-Herstellung verwendet wird, und zweitens, weil es als Ersatz für Rapsöl und andere für den Lebensmittelmarkt geeignete Öle dient, die zunehmend für die Erzeugung von Agrosprit benötigt werden. Oxfam schätzt, dass unter Beibehaltung der gegenwärtig in Brüssel diskutierten Ausbauziele die Ausweitung des Ölpalm-Anbaus durch Landnutzungsänderungen bis zum Jahr 2020 zwischen 3,1 und 4,7

Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente freisetzen wird. Das ist die 46- bis 68-fache Menge dessen, was die EU durch ihre Politik eigentlich einsparen möchte.



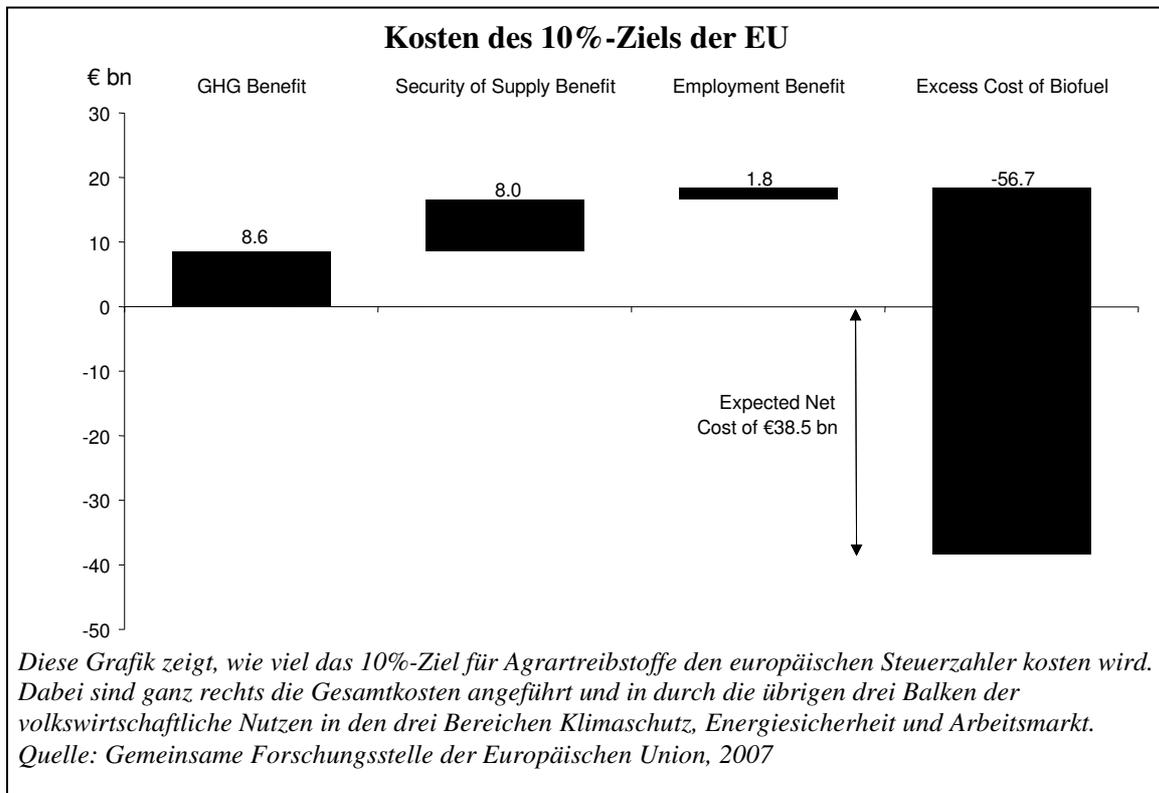
Unterm Strich ist die Verwendung von Agrartreibstoffen also gefährlich für die globalen Anforderungen des Klimaschutzes, denn das Wachstum der globalen Emissionen muss bis 2015 stabilisiert werden. Nur so lassen sich die schlimmsten Szenarien des Klimawandels gerade noch verhindern.

Selbst wenn es die Emissionen infolge der Ausweitung der Ackerflächen in Wälder und Feuchtgebiete nicht gäbe, sind Agrartreibstoffe ein sehr teurer und ineffizienter Weg, um die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich zu reduzieren. Sinnvoller wäre es, ambitionierte Effizienzstandards für Autos durchzusetzen. Experten schätzen, dass die CO₂-Vermeidungskosten durch Agrartreibstoffe mehrere hundert Euro pro Tonne eingesparter Emissionen betragen werden. Demgegenüber stehen *negative* Kosten durch die Nutzung spritsparender Technologie im Automobilbereich, d.h. die Kosten der Umstellung zu effizienteren Autos wären geringer als die späteren Einsparungen an der Tankstelle durch den geringeren Treibstoffverbrauch. Darüber hinaus ist der Einsatz von Biomasse in stationären Anwendungen – etwa zur Erzeugung von Strom und Wärme in Kraftwerken – energetisch deutlich günstiger als im Verkehrsbereich.

Kein Beitrag zur Energiesicherheit Europas

Selbst die Europäische Kommission hat intern längst festgestellt, dass vom Ausbau der Agrartreibstoffe keine Verbesserung der europäischen Energiesicherheit zu erwarten ist. Der Verbrauch fossilen Erdöls in den Industrieländern ist derart hoch, dass es einer extremen und völlig unrealistischen Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion bedürfte, um Agrartreibstoffe zu einem nennenswerten Beitrag zur Energiesicherheit zu machen. Selbst wenn z.B. die gesamte Maisernte der USA zu Ethanol verarbeitet würde,

ließe sich damit nur knapp ein Sechstel des Benzinbedarfs in den USA abdecken. Die gesamten globalen Erträge pflanzlicher Öle brächten es auf nicht einmal 10% des globalen Dieserverbrauchs.



Die Kosten für den europäischen Steuerzahler, um über die Agrartreibstoffe die Energiesicherheit zu erhöhen, sind astronomisch – insbesondere im Vergleich zu den teilweise *negativen* Kosten durch Effizienzgewinne, z.B. bei sparsamen Autos, deren teure Technologien schnell durch die Einsparungen an der Zapfsäule ausgeglichen sind. Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission hat in einer Studie errechnet, dass das gegenwärtig in Brüssel diskutierte 10%-Ziel für den Anteil der Agrartreibstoffe am Gesamttriebstoffverbrauch bis 2020 fast 60 Milliarden Euro kosten wird. Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Politik beträgt dieser Studie zufolge dagegen nur 8 Milliarden Euro. Auch den Beitrag der Agrartreibstoffe zum Klimaschutz (ebenfalls etwa 8 Milliarden Euro) könnte man wesentlich günstiger bekommen. Der Nutzen für den europäischen Arbeitsmarkt beträgt nicht einmal 2 Milliarden Euro. Die Nettokosten für den europäischen Steuerzahler liegen damit bei etwa 38 Milliarden Euro.

30 Millionen Menschen mehr zur Armut verurteilt

Ausbauziele und Förderprogramme für Agrartreibstoffe in den Industrieländern treiben die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel in die Höhe, wenn einerseits mehr und mehr Ackerfläche für den Anbau von Energiepflanzen reserviert wird und andererseits das Angebot von z.B. Mais mit dem durch den Agrosprit ausgelösten Bedarfszuwachs nicht mithalten kann. In einigen Fällen sind es aber auch Handelsbeschränkungen oder Zölle, die z.B. brasilianischem Zuckerrohr-Ethanol den Zugang zu den Märkten erschweren, obwohl es insgesamt weniger zum Anstieg der Nahrungsmittelpreise beiträgt als z.B. Mais-Ethanol aus den USA.

Die Weltbank schätzt, dass die Preise für Grundnahrungsmittel über die letzten drei Jahre durchschnittlich um 83% gestiegen sind. Für die in Armut lebenden Menschen, die häufig 50-80% ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, ist diese Entwicklung katastrophal. Oxfam schätzt, dass die Lebensgrundlagen von mindestens 290 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern akut bedroht sind. Die Weltbank geht davon aus, dass wegen der Preissteigerungen etwa 100 Millionen Menschen in die Armut abgerutscht sind. Wenn man annimmt, dass etwa 30% des Anstiegs der Preise durch den wachsenden Markt für Agrartreibstoffe zurückzuführen sind, ergibt sich, dass die Agrartreibstoffe die Lebensgrundlagen von 100 Millionen Menschen bedrohen und jetzt schon 30 Millionen Menschen in die Armut gedrängt haben.

Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) argumentiert, dass das Hochtreiben der Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten letztlich auch eine Folge der Subventionen und Förderprogramme für Agrartreibstoffe in den Industrienationen ist. Damit sind diese Subventionen für die in Armut lebenden Menschen eine Art aufgezwungene Steuer auf Nahrungsmittel. Im Jahr 2007 haben die Industrienationen Agrartreibstoffe mit etwa 13-15 Milliarden US-Dollar subventioniert – das entspricht etwa der Summe, die nötig wäre, um den von Hunger bedrohten Menschen in der aktuellen Nahrungsmittelkrise zu helfen. Die Subventionen werden mit der weiteren Verbreitung der Agrartreibstoffe noch weiter ansteigen – nicht zuletzt im Interesse der heimischen Landwirtschaft.

Eine Chance für die Entwicklungsländer – was zu tun ist

Oxfam vertritt die Auffassung, dass die Industrieländer die Nutzung der Agrartreibstoffe nicht weiter vorantreiben sollten, um sowohl die weltweite Armut und Nahrungsmittelkrise nicht weiter zu verschärfen als auch den Klimawandel nicht weiter zu beschleunigen.

Inbesondere sollten die Industrieländer:

- Gegenwärtige Ausbauziele für Agrartreibstoffe nicht weiter umsetzen, sondern zurücknehmen bzw. überarbeiten. Insbesondere das zurzeit in Brüssel verhandelte 10%-Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrsbereich muss fallen gelassen werden.
- Förderprogramme und Anreizsysteme für den Ausbau von Agrartreibstoffen einfrieren bzw. beenden.
- Die Reduktion von Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich durch effizientere Maßnahmen voranbringen, wie zum Beispiel strikte und ambitionierte Effizienzstandards für Autos.

Theoretisch bieten Agrartreibstoffe für einige Entwicklungsländer durchaus positive Entwicklungschancen. Aber oft sind die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Produktion höchst bedenklich.

Entwicklungsländer sollten die Möglichkeiten für Einstieg bzw. Erweiterung ihrer Vorhaben zur Produktion von Agrartreibstoffen behutsam angehen und dabei darauf achten, dass die Bedürfnisse der in Armut lebenden Menschen im ländlichen Raum im Vordergrund stehen.

Inbesondere sollten die Entwicklungsländer:

- Sich auf Biomasseprojekte konzentrieren, die den Zugang zu nachhaltigen Energiequellen für die in Armut lebenden Menschen verbessern und nicht auf den Export von Agrartreibstoffen in die Industrieländer ausgerichtet sind.
- Die ökologischen und sozialen Kosten der Erzeugung von Agrartreibstoffen berücksichtigen. Dazu gehören auch die Auswirkungen auf nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsformen, auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sowie auf die vom Anbau der Energiepflanzen beeinträchtigten Ökosysteme.
- Beim großflächigen Anbau von Energiepflanzen ihren Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen und Konventionen nachkommen, insbesondere zum Schutz von Landrechten einschließlich traditioneller Rechte, des Rechts auf Nahrung, angemessene Arbeitsbedingungen und bezüglich der Erfordernisse zum *Free Prior Informed Consent* der betroffenen Menschen im Anbaugebiet vor Beginn oder Ausweitung der Agrosprit-Produktion.
- Den Anbau von Energiepflanzen so organisieren, dass davon vor allem die ländliche Bevölkerung, Kleinbäuerinnen und -bauern sowie marginalisierte Gruppen profitieren und der Anbau insgesamt zur Minderung der Armut beiträgt.

Unternehmen, die sich im Bereich der Agrartreibstoffe engagieren, sollten:

- Sicherstellen, dass vor Beginn oder Ausweitung der Agrosprit-Produktion *Free Prior Informed Consent* der betroffenen Menschen im Anbaugebiet eingeholt wurde und die Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Anbauflächen und bei allen übrigen Produktionsschritten akzeptable Arbeitsbedingungen genießen.
- Sicherstellen, dass insbesondere Kleinbäuerinnen und -bauern, örtliche Gemeinschaften und marginalisierte Gruppen von den Agrosprit-Projekten profitieren und fair und transparent behandelt werden. Kleinbäuerliche Vertragsnehmer müssen ausreichend Freiheiten behalten, um Produktions-, Anbau- und Marktentscheidungen treffen zu können.
- Sicherstellen, dass die Agrosprit-Produktion die Ernährungssicherheit in der Region der Anbaugebiete nicht verschlechtert und die Armut nicht verschärft.